

Wettkampf um die Zeit
Warum an der Börse Millisekunden eine Ewigkeit sind und der Speed Risiken birgt. 7

Arbeitssieg
YB bekleckert sich beim 2:1-Sieg in Luzern spielerisch nicht mit Ruhm. 11

Mathematik-Klage
Ein junger Jurist beschäftigte sieben Jahre lang Ämter und Gerichte. 19



Gold für die Schweiz
Rollstuhllathletin Edith Wolf-Hunkeler siegt bei den Paralympics über 5000 Meter. 13

AZ 3000 Bern 1



Der Bund

Montag, 3. September 2012 – 163. Jahrgang, Nr. 205 – Fr. 3.70 (inkl. 2,5% MwSt)

Unabhängige liberale Tageszeitung – gegründet 1850

Für Fusionen von Gemeinden fehlt die Strategie

Die langsame Entwicklung bei den Gemeindestrukturen im Kanton Bern sei teilweise einer widersprüchlichen Haltung zu schulden. Das sagt der Universitätsprofessor und Gemeindeexperte Reto Steiner im Vorfeld der kantonalen Abstimmungen vom 23. September. «Ich vermisse, dass nie klar formuliert worden ist, wohin man mit den Gemeindestrukturen eigentlich will», sagt Steiner im «Bund»-Interview. Der Kanton habe trotz seiner Bemühungen auch «stets das Signal ausgesendet, nichts forcieren zu wollen.» Nötig seien die richtigen finanziellen Anreize.

Im Kanton Bern entscheidet das Volk am 23. September, ob schwache Gemeinden zu einer Fusion gezwungen werden können und ob solchen, welche eine Fusion verhindern, Gelder aus dem Finanzausgleich gestrichen werden können. Bern wäre bei einer Annahme der Vorlagen der elfte Kanton mit einem Hebel zur Zwangsfusion. (lok) – Seite 17

Arbeitslose EU-Bürger auf Jobsuche in der Schweiz

Wer ohne Arbeit einreist, dem helfen die Ämter, eine Stelle zu finden.

Stefan Schürer

Was lange vermutet wurde, scheint sich nun zu bewahrheiten: Arbeitslose EU-Bürger kommen in die Schweiz auf Stellensuche. Dies bestätigt der Präsident der Vereinigung kantonaler Migrationsämter (VKM), David Keller. Im Kanton Schwyz, wo Keller Amtsleiter ist, hätten zahlreiche Stellensuchende aus Südeuropa den Sommer über auf Campingplätzen gelebt. «Das hat es in den Vorjahren nicht gegeben», sagt Keller.

Er bestätigt damit Aussagen von Mario Gattiker. Der Chef des Bundesamts für Migration (BFM) hatte im Interview mit dem «Bund» gesagt, dass aus süd- und osteuropäischen Krisenstaaten Leute zwecks Stellensuche in die Schweiz kämen. Sechs Monate lang dürfen sie

hier eine Stelle suchen. Die Ämter sind ihnen dabei behilflich. Laut Hansjürg Dolder, Leiter des Amts für Wirtschaft und Arbeit in Basel-Stadt, sind in den letzten Wochen «vermehrt Anfragen per Mail von Personen aus Spanien, Portugal und Griechenland» eingegangen. Die Anfragen hätten sich jeweils allgemein auf den Arbeitsmarkt und die Lebensbedingungen in der Schweiz bezogen.

«Keineswegs alarmierend»

Das genaue Ausmass der neuen Zuwanderung lässt sich nicht feststellen. Bleiben die Arbeitslosen weniger als drei Monate, benötigen sie keine Kurzaufenthaltsbewilligung. «Viele Stellensuchende bemühen sich daher gar nicht um eine Bewilligung», sagt VKM-Präsident David

Keller. Und längst nicht alle von ihnen wenden sich an ein Arbeitsamt. Offizielle Statistiken sind deshalb laut Fachleuten nur beschränkt aussagekräftig. Im Kanton Bern ist von Einzelfällen die Rede. Für BFM-Direktor Gattiker handelt es sich bei den Zuwanderern ohne Job «nicht um ein Massenphänomen, sondern um vereinzelte Fälle», wie er auf Nachfrage sagt. Die Situation sei «keineswegs alarmierend».

Zugenommen hat in den letzten Monaten auch die Zuwanderung von Arbeitskräften aus den EU-Oststaaten, die nur für ein Jahr kommen. Daher fordern bürgerliche Politiker, dass der Bundesrat die sogenannte Ventilklausel von den Fünfjahres- auf die Einjahresbewilligungen ausdehnen müsse. – Seite 2

Kommentar

Stefan Schürer

Wer darf, der kommt

Die Wirtschaftskrise in mehreren EU-Staaten erhält in der Schweiz ein Gesicht, oder besser: viele Gesichter. Arbeitslose aus Ländern wie Spanien und Portugal suchen ihr Glück in der Schweiz. Sie leben als moderne Arbeitsnomaden ausserhalb der öffentlichen Wahrnehmung, bei Bekannten etwa oder auf Zeltplätzen. In den Statistiken taucht der Grossteil von ihnen gar nie auf. Aber sie sind da. Und sie haben das Recht dazu. Gemäss dem Freizügigkeitsabkommen mit der EU dürfen Arbeitslose sechs Monate in der Schweiz auf Jobsuche sein. Das Arbeitsamt hilft ihnen sogar dabei.

Aus Sicht der Betroffenen ist die neue Zuwanderung verständlich. In Spanien liegt die Jugendarbeitslosigkeit bei 53 Prozent. Kein Wunder, schauen sie sich hier nach Arbeit um. Gesamtwirtschaftlich sind die Folgen noch vernachlässigbar. Die Arbeitslosen machen einen Bruchteil der Zuwanderung aus der Europäischen Union aus. Und solange der Markt sie aufnehmen kann, ist es einerlei, ob sie ihre Stelle bereits bei der Einreise auf sicher haben oder erst hier fündig werden.

Mittelfristig aber birgt die Zuwanderung von Arbeitslosen, die einen Job finden, Risiken. Schlecht qualifizierte verlieren in einer Rezession schneller die Stelle - und belasten dann die hiesigen Sozialwerke. Das wäre jene «Armutsmigration via die Personenfreizügigkeit», vor welcher der Chef des Bundesamts für Migration, Mario Gattiker, kürzlich gewarnt hat. Klar ist auch, dass mit Wanderarbeitern die Gefahr von Lohndumping und Schwarzarbeit zunimmt.

Delikat ist die neue Zuwanderung vor allem politisch. Die Behörden behaupten bei jeder Gelegenheit fälschlicherweise: In die Schweiz darf nur kommen, wer eine Stelle hat. Beim Urnengang über die Personenfreizügigkeit im Februar 2009 erwähnte der Bundesrat im Abstimmungsbüchlein mit keinem Wort, dass auch Arbeitslose zuziehen dürfen. Mittlerweile glauben die Behörden zum Teil selber an ihre Propaganda und wimmeln Anfragen zum Thema mit dem Hinweis ab, arbeitslose EU-Bürger dürften gar nicht in die Schweiz kommen. Die Realität sieht anders aus. Es wird Zeit, dass die Behörden sich nach ihr richten.

Heute im «Bund»

Syrien Regime ist immer isolierter

Für den neuen Syrien-Gesandten Lakhdar Brahimi trägt die Regierung mehr Schuld am Blutvergiessen als die Rebellen. Er dämpfte die Erwartungen. – Seite 3

Griechenland Verbotenes Lockmittel

Mit Sonderwirtschaftszonen - Zonen, in denen Steuervorteile herrschen - möchte Athen Investoren anlocken. – Seite 4

Antiraucher-Initiative Wirte sehen Jobs in Gefahr

Das Rauchverbot würde Bars und Klubs stärker treffen als Restaurants, vor allem im Kanton Luzern. – Seite 5

Biel In der SP herrscht dicke Luft

Auf den Wahlplakaten herrscht bei der SP eitel Sonnenschein. Doch unter den Ortssektionen rumort es. – Seite 20

Service

Meinungen/Leserbriefe – 10/23

Todesanzeigen/Danksagungen – 22

Wetter – 23

Kinoprogramm – 24

Fernsehen & Radio – 25

Berner Kultur – 28

Das Stadttheater in Aufbruchstimmung



Foto: Thomas Reuffer

Für das bestens besuchte Fest zur Saisoneroöffnung hat das Berner Stadttheater all seine Schätze aufpoliert. Das Ergebnis: ein Theater-Trampelpfad, auf dem es alles gibt, was man fürs Leben braucht - von der Zuckerwatte bis zum Goethe-Automaten. (klb) – Seite 29

Alpinismus: Reinhold Messners Museen Seite 31

Redaktion Der Bund, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 385 11 11, Fax 031 385 11 12, Internet www.derbund.ch, Mail: redaktion@derbund.ch

Verlag Der Bund, c/o Espace Media AG, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 31 11, Fax 031 330 36 86 **Inserate** Berner Zeitung, Dammweg 9, Postfach, 3001 Bern, Tel. 031 330 33 10, Fax 031 330 35 71, Mail: inserate@espacemedia.ch **Abonnemente** Tel. 0844 385 144 (Lokalstarif), Mail: abo@derbund.ch



Anzeige

zahnarztzentrum.ch

Ihre ^{365 Tage offen}
Hauszahnärzte

Bahnhofplatz 10A
Bern
031 326 70 00
bern@zahnarztzentrum.ch

Neu auch mit
Kieferorthopädie

Ästhetische Zahnmedizin / Bleaching / Dentalhygiene / Implantate / Narkosebehandlungen / Kieferorthopädie / Kinderzahnmedizin / Prothetik / Restaurative Behandlungen / Wurzelbehandlungen



Bern



Les problèmes

Nach einem Jahr Frühfranzösisch bleibt Kritik am Lehrmittel. 21

«Die kantonale Politik gibt den Gemeinden widersprüchliche Signale»

Der Kanton Bern gehe die Förderung von Gemeindegemeinschaften zu zaghaft an, sagt Gemeindegemeinschaftler Reto Steiner von der Universität Bern. Er vermisst eine klare Fusionsstrategie.

Interview: Jürg Sohm

Herr Steiner, Gemeinden sollen auch im Kanton Bern zur Fusion gezwungen werden können. Wird es je dazu kommen?

Ich bezweifle es. Und wenn doch, dann höchstens in absoluten Einzelfällen.

Dann ist die neue Möglichkeit zum Zwang vor allem eine Drohung. Ist das sinnvoll?

Ich frage mich tatsächlich, ob sich eine primär symbolische Drohung auszahlt. Das hat den starken Widerstand der SVP zu der insgesamt massvollen Vorlage provoziert. Im Kanton Bern, wo viele Gemeinderäte SVP-dominiert sind, lohnt sich das nicht.

Aber etwas Druck auf die Gemeinden scheint nötig. Andere Kantone gehen da weiter.

Der Kanton Bern räumt den Gemeinden traditionell einen hohen Stellenwert ein. Der Grosse Rat macht eine sehr gemeindefreundliche Politik, mit starker Rücksichtnahme auf die Randregionen und damit auch auf die vielen kleinen Gemeinden. Der Kanton kennt zwar verschiedene Instrumente zur Fusionsförderung - er unterstützt Fusionen etwa finanziell, und es gibt eine Stelle beim Amt für Gemeinden und Raumordnung -, trotzdem hat man stets das Signal ausgesendet, nichts forcieren zu wollen.

Was müsste der Kanton anders machen?

Ich vermisse, dass nie klar formuliert worden ist, wohin man mit den Gemeindestrukturen eigentlich will. Wie sieht die ideale Gemeinde aus? Welche Ziele will man erreichen? Wie können die Anreize optimiert werden? Das ist immer ziemlich vage geblieben.

Wie gross ist denn die ideale Gemeinde?

Eine ideale Grösse gibt es nicht. Aber es gibt Strukturen, die zweckmässiger sind als andere. Im Kanton Bern jedoch wurden die Strukturen nie umfassend hinterfragt, gerade auch in den Randregionen. Die Leute, welche die Gemeindeautonomie über alles stellen, sollten einfach bedenken, dass Kleinstgemeinden nicht gleichbedeutend sind mit mehr Demokratie. Im Kanton Uri zum Beispiel, wo ich die Gebietsreform untersucht habe, funktionieren die Gemeinderäte in einzelnen Gemeinden nur noch als Clearingzentralen. Aufgaben, die sie alleine erfüllen, gibt es kaum noch. Und bei jenen, die geblieben sind, stossen sie an Grenzen. Die Baugesuche etwa würden zum Teil ganz schlecht be-



Eine Fusion, die geglückt ist: Trimstein hat im Juni die Fusion mit Münsingen beschlossen. Archivfoto: Adrian Moser

arbeitet, kritisiert die Urner Regierung. Solche Gemeinden haben die Autonomie nur noch auf dem Papier. Die schleichende Aushöhlung der Autonomie aber

men werden. Und die Gemeindeentwicklung wird wirkungsvoller, indem beispielsweise grosse, gut erschlossene Gewerbebezonen möglich sind.

Engagement der Menschen, die dort leben. Das wird mit der Fusion nicht tangiert. Zudem kann beobachtet werden, dass mit der Fusion die Leistungen der

pro Einwohner oder in Ausnahmefällen die Schuldenreduktion sind wirkungsvoll - Geld wirkt ganz klar fusionsfördernd. Doch Geld allein reicht nicht aus. Es braucht eine gewisse Prädisposition aufseiten der Gemeinden: Das ist zum Beispiel der Fall, wenn eine Gemeinde Probleme hat, genügend gute Leute für die verschiedenen politischen Ämter zu finden. Oder wenn sie an finanzielle Leistungsgrenzen stösst und nicht mehr in der Lage ist, grössere Projekte zu realisieren. Leider setzt die kantonale Politik hier widersprüchliche Signale: Einerseits strebt man Fusionen an und will die Strukturen anpassen. Andererseits werden über den Finanzausgleich finanzschwache Gemeinden gestärkt und die Strukturen so erhalten.

Reto Steiner

ist Professor am Kompetenzzentrum für Public Management der Universität Bern mit Spezialgebiet Gemeindeforschung. Aktuell begleitet er die Regierungen der Kantone Uri und Appenzell-Ausserrhododen bei ihren Gebietsreformprojekten.



erachte ich als gefährlich. Eine gewisse Gemeindegrösse dagegen führt zu professionelleren Strukturen und somit dazu, dass die Autonomie stärker gelebt werden kann. So können Aufgaben, die interkommunal erfüllt wurden, nach einer Fusion wieder alleine wahrgenom-

Hemmt nicht ebenso die Angst, ein Stück Identifikation zu verlieren?

Das ist so. Untersuchungen zeigen, dass die Gemeinde mit Abstand die grösste Identifikationskraft ausübt. Man identifiziert sich primär mit der Wohngemeinde, erst in zweiter Linie mit dem Kanton und erst an dritter Stelle mit dem Wohnkanton. In einer zunehmend unübersichtlichen, beschleunigten Welt nimmt die lokale Identifikation vermutlich sogar zu. Diese Argumente des Herzens muss man unbedingt ernst nehmen. Doch die Befürchtungen sind meist unbegründet. Das Dorf- oder Quartierleben verschwindet mit einer Fusion ja nicht. Und ob es beispielsweise weiterhin Vereine gibt, hängt nicht von der Gemeindestruktur ab, sondern vom

«17 Gemeinden nehmen mit dem Finanzausgleich mehr Geld ein als durch Steuererträge. Das ist fragwürdig.»

Gemeinden für die Einwohner fast durchwegs besser werden, die Dienstleistungsqualität somit zunimmt.

Genügen die finanziellen Anreize, Fusionen anzugehen?

Materielle Anreize wie Fusionsbeiträge

Der Finanzausgleich, der den Zusammenhalt im Kanton stärken soll, wirkt somit fusionshemmend?

Der Kanton Bern toleriert, dass 17 Gemeinden mit dem Finanzausgleich mehr Geld einnehmen als durch eigene Steuererträge. Das ist fragwürdig. Der Finanzausgleich müsste mehr Anreize enthalten, strukturschwache Gemeinden zu Veränderungen zu animieren.

Der Kanton Glarus hat mit einer Radikalreform seine komplizierten Strukturen auf nur noch drei Gemeinden stark vereinfacht. Kann Bern etwas daraus lernen?

Nein, die Glarner Lösung ist keine ideale Lösung für den Kanton Bern und bleibt wohl ein Unikum in der Schweiz. Dies beginnt bei den technokratischen Gemeindebezeichnungen «Glarus», «Glarus Nord» und «Glarus Süd». Probleme wie die mangelnde Finanzkraft und die Entvölkerung der Randregionen bleiben dabei ungelöst. Für Bern sehe ich für die Zukunft eine klarere Ausrichtung auf finanzielle Anreize, mit einer leichten Verschärfung des Finanzausgleichs. Die Gemeinden sollen dabei selber entscheiden können, ob sie die Anreize annehmen wollen oder nicht - wobei sie bei einem Nein auch die Konsequenzen selber tragen müssten. Sie werden so zu mehr Eigenverantwortung gezwungen.

Gemeinden unter Druck

Abstimmung vom 23. September

Im Kanton Bern soll der Grosse Rat Gemeinden künftig zur Fusion zwingen können. Das ist der umstrittenste Punkt der beiden Gemeindevorlagen, über die am 23. September abgestimmt wird. Es geht um eine Änderung der Kantonsverfassung und des kantonalen Gemeindegesetzes.

Die **Zwangsfusion** soll möglich sein, wenn eine Gemeinde nicht mehr in der Lage ist, ihre Aufgaben «dauerhaft selbstständig» zu erfüllen. Das wäre der Fall, wenn keine Aussicht auf eine finanzielle Sanierung besteht, wenn wichtige Ämter nicht mehr besetzt oder Bundes- oder Kantonsvorgaben nicht mehr erfüllt werden können. Die zwangsweise Fusion soll zudem möglich sein, wenn eine Gemeinde eine Gruppenfusion von mehreren Gemeinden verhindern würde.

Weiter soll der Kanton jenen Gemeinden, die sich gegen eine Fusion sträuben, die Mittel aus dem **Finanzausgleich** kürzen können. Damit will man verhindern, dass sich finanzschwache Gemeinden dank den Beiträgen finanziell über Wasser halten können, statt mit einer Fusion die Kosten senken zu helfen. (sda)

Gemeindefragung

15 Prozent der Schweizer Gemeinden prüfen Fusionen

Seit Mitte der 1990er-Jahre nimmt die Gemeindegemeinschaftszahl in der Schweiz markant ab.

Jürg Sohm

Der Kanton Glarus hat eine gänzlich unschweizerische Hauruckübung hinter sich. Per Landsgemeindebeschluss wurden die 25 Ortsgemeinden und Bürgergemeinden auf einen Schlag auf drei Gemeinden reduziert. Seit dem 1. Januar 2011 gibt es nur noch «Glarus», «Glarus Nord» und «Glarus Süd». So radikal ist bisher kein anderer Kanton vorgegangen und wird es laut Fachleuten vermutlich auch nie tun (siehe Interview).

Als erster Kanton hatte der Thurgau in den 1980er-Jahren eine grosse Gemeindefusion angestossen und die Strukturen aus der Zeit Napoleons zerschlagen. Die Zahl der Gemeinden wurde von über 200 auf 80 reduziert. Zum ersten Mal wurde dabei auch zum Mittel des Zwangs gegriffen.

In den 1990er-Jahren wurden im Tessin und im Kanton Freiburg Projekte zur Fusionsförderung gestartet und vom Kanton ideale Gemeindestrukturen vorgegeben. Und 1997 sorgte die Luzerner Kantonsregierung mit radikalen Plänen für Aufsehen: Sie formulierte eine Mindestgrösse für Gemeinden von 3000 Einwohnern, wollte die Zahl der Gemeinden halbieren und auf diese Weise 150 Millionen Franken einsparen. Das Kantonsparlament hat die Pläne in der Folge aber stark aufgeweicht.

Die Fusionsbestrebungen haben Wirkung gezeigt. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist eine klare Abnahme der Gemeindegemeinschaftszahl festzustellen. Gab es in der Schweiz 1994 noch 3013 Gemeinden, so sind es zurzeit nur noch 2485. Im Kanton Bern hat sich die Zahl der Gemeinden in dieser Zeit von gut 400 auf noch 382 reduziert.

15 Prozent der Schweizer Gemeinden sind aktuell in einem konkreten Fusionsprojekt involviert. Das zeigt das Gemeindeforschungsprojekt 2009/10, das vom Kompe-

tenzzentrum für Public Management der Universität Bern und dem IDHEAP in Lausanne durchgeführt worden ist. Im Kanton Bern sind es 17 Prozent.

Das Monitoring zeigt, dass überdurchschnittlich oft kleine Gemeinden mit weniger als 500 Einwohnern Fusionen prüfen. So laufen in mehr als der Hälfte dieser Minigemeinden Fusionsprojekte. Die meisten Fusionen betreffen somit nur sehr wenige Personen.

Zwang in zehn Kantonen

In den Gemeinden werden von den Kantonen vor allem Beratungs- und Unterstützungsleistungen erwartet. Rund ein Drittel der Gemeinden wünscht sich, dass der Kanton Fusionen aktiv forciert, beispielsweise mit finanziellen Anreizen. 15 Kantone kennen derartige materielle Fusionshilfen. Nur eine kleine Minderheit der Gemeinden befürwortet die Möglichkeit von Zwangsfusionen. Dieses umstrittene Instrument ist in 10 Kantonen zulässig.